

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 331

30. März 2005

11. Jahrgang

"Uns gehen langsam die Strategien aus..."

Aktuelle Herausforderungen für die *Plataforma Agraria*

Dieser Tage wurde von der guatemaltekischen Regierung das Freihandelsabkommen Zentralamerika/Dominikanische Republik/USA (CAFTA) ratifiziert. KritikerInnen befürchten negative Auswirkungen dieses Abkommens unter anderem für den guatemaltekischen Landwirtschaftssektor, der nicht mit den aus den USA importierten, subventionierten Produkten konkurrieren kann. In den letzten Jahren hatte auch der Zerfall des Kaffeepreises negative Auswirkungen auf die ohnehin schon prekäre Landwirtschaft des Landes. Dazu kommt die historisch ungerechte Landverteilung.

Ursula Roldán von der BäuerInnenkoordination *Plataforma Agraria* zieht Bilanz und schaut in eine düstere Zukunft.

Frage: Die Landfrage ist ein ewiges Thema in Guatemala. Was hat sich in den letzten 50 Jahren verändert?

Ursula Roldán: In Sachen Landbesitz und Landerwerb hat sich in den letzten 50 Jahren nicht viel verändert. Das Regierungsprogramm zur Vergabe von Land, das in den 60er bis 80er Jahren ausgeführt wurde, war weder eine wirkliche Landreform noch wurde viel Land verteilt. In den 80er Jahren bis zur Unterzeichnung der Friedensabkommen 1996 wurde dieses Landvergabeprogramm etwas modifiziert, es wurde das Kreditwesen eingeführt. Die Bedingungen waren für die BäuerInnen damals besser als heute: Sie hatten zwanzig Jahre Zeit, ihre Abzahlungen zu leisten und es waren symbolische Preise, welche sie für das Land bezahlen mussten.

Da sich im Verlaufe der Jahre keine Verbesserung abzeichnete, wurde die Migration in die USA zur einzigen Alternative für viele Familien, bzw. für die junge Generation. Anfänglich waren es vor allem junge Männer, doch immer öfter migrieren auch die Frauen.

Ein weiterer Unterschied zu früher ist, dass viele Bauernfamilien beginnen, ihre Produktion zu diversifizieren. Das heisst, sie sind nicht mehr einzig von der Landwirtschaft abhängig. Häufig kommt es vor, dass eine Familie sich drei oder vier Tätigkeiten widmet. Sie ist neben der Landwirtschaft im informellen Sektor tätig, im Dienstleistungssektor oder im Handwerk, vor allem im Baugewerbe. Dies sind die spürbaren Veränderungen in den ländlichen Gebieten.

Mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen hat sich nicht viel verändert. Durch die Einrichtung des Landfonds (FON-TIERRA) hat man den Verkauf von Land verstärkt. Der Unterschied ist, dass heute mit Bankkrediten gearbeitet wird, mit deren Rückzahlung zwar nicht gleich im ersten Jahr begonnen werden muss, aber man hat nie mehr die Frist von 20 Jahren, wie das früher der Fall war, und man muss das Geld bis zum letzten Rappen zurückzahlen.

Der letzte grosse Unterschied zu früheren Jahren ist die Kaffeekrise und die Konsequenzen, welche diese für den Export von Rohstoffen hat. Betroffen davon sind neben dem Kaffee die Baumwolle und die Bananen, nicht jedoch der Zucker. Man versucht, diese traditionellen Produkte durch Kautschuk und die

afrikanische Palme zu ersetzen. Und in jüngster Zeit ist der Minenbau als „Alternative“ zum Exportmodell dazugekommen.

Frage: Der Slogan „Das Land denen, die es bearbeiten“ gilt also heute nicht mehr?

U.R.: Nein, diese Forderung kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Die BäuerInnen besitzen im besten Fall kleine Grundstücke, auf denen sie für die Selbstversorgung anbauen. Die Leute leben heute lieber von den *remesas* (Geld, das Familienangehörige aus dem Ausland nach Hause schicken) und daneben pflanzen sie auf ihrem kleinen Stück Land für die Selbstversorgung an. Nur in wenigen Zonen wird über die Selbstversorgung hinaus nicht-traditionelle Landwirtschaft betrieben, Gemüseanbau z.B., oder Kartoffeln.

Frage: So wie sich die Konjunktur verändert hat, haben sich wohl auch die Forderungen der BäuerInnenorganisationen verändert. Wie sehen diese heute aus?

U.R.: Die „historische“ BäuerInnenbewegung fordert weiterhin eine Landreform. Mit „historisch“ meine ich das CUC, die CONIC, die CNOC. Ihre Geschichte geht bis in den bewaffneten Kampf zurück, in die Zeit der Klandestinität, auch sind sie heute noch mit den linken Parteien verbunden. Die Landreform, die sie fordern, ist vielleicht nicht mehr die selbe wie noch in den 60er Jahren, aber einige Elemente davon haben sie übernommen.

Die *Plataforma Agraria* ist in diesem Sinne keine historische Organisation, auch wenn viele unserer Mitglieder z.B. demobilisierte KämpferInnen sind oder Leute, die von der Kirche organisiert wurden. Wir fordern den Zugang zu produktiven Ressourcen, denn in einigen Gebieten ist Land nach wie vor ein Faktor der Entwicklung, wir fordern, dass unbenutztes Land besteuert oder enteignet werden soll. Wichtig ist uns dabei, dass der regionale Kontext berücksichtigt wird, man kann nicht für alle Regionen das selbe fordern. Wir fordern eine integrale Politik der ländlichen Entwicklung, denn die Ökonomie der Landbevölkerung hängt

nicht mehr allein an der Landwirtschaft.

Frage: Das sind mittel- und langfristige Forderungen. Was schlägt ihr für die unmittelbaren Probleme vor, gegen die Hungersnot in bestimmten Regionen, gegen die Arbeitslosigkeit der entlassenen KaffeepflückerInnen?

U.R.: Unsere diesbezüglichen Vorschläge stehen zum Teil im Widerspruch zu denen der historischen BäuerInnenbewegung. Wir haben zu Beginn der Kaffeekrise einen Sozialplan vorgeschlagen, mit dem der Krise unmittelbar begegnet werden sollte. Dies bedeutet, die Nahrungssicherheit der von der Kaffeekrise betroffenen Leute zu garantieren. Während einigen Monaten bedeutete dies humanitäre Hilfe, das Verteilen von Lebensmitteln. Doch die Kernidee unseres Vorschlags war ein Pachtsystem, das vom Staat subventioniert werden sollte. Denn die Leute im Hochland und an der Küste pachten ihr Land, doch sie haben die notwendigen finanziellen Mittel für diese Pacht nicht. Weiter sah unser Plan die Bearbeitung der Land- und Arbeitskonflikte vor, welche durch die Kaffeekrise ausgelöst wurden.

Frage: Laufen diese Projekte der Lebensmittelhilfe und der subventionierten Pacht nicht darauf hinaus, dass die Leute ein Leben lang von der Unterstützung des Staates abhängig sind?

U.R.: Die Lebensmittelhilfe war nur für eine kurze Zeit vorgesehen, um die schlimmste Krise zu überstehen. Als wir begannen, mit der Regierung über Massnahmen zu verhandeln, war Jahresende, die Leute konnten nichts anbauen in dieser Zeit und irgendetwas mussten sie ja essen. Wir fordern aber schon, dass der Staat in die produktiven Aktivitäten der armen Familien investieren und diese Leute subventionieren sollte. Ich meine damit Investitionen in ihre Produktion, keinen Assistenzialismus. Subventionierte Pachtverträge sind eine Möglichkeit von Investition. Und es hat funktioniert: Wir haben mit unseren Verhandlungen erreicht, dass die Regierung 30 Mio. Quetzales für solche Pachtverträge zur Verfügung stellte. Wir haben auch erreicht, dass die Organisationen selber das Geld verwalten konnten, dass es also nicht staatlich zentralisiert wurde. Dies hat lokal eine wirtschaftliche Dynamik ausgelöst, es wurde das Land gepachtet, es musste Düngemittel gekauft werden, etc. Bedauerlicherweise hat die neue Regierung unter Oscar Berger uns im Jahr 2004 die Türen verschlossen, sie begannen mit der CNOC zu verhandeln und es wurde ein Pachtprogramm erarbeitet, das nun über den Landfonds ausgeführt wird.

Frage: Mit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den USA ist es ja nicht einfach mehr ein guatemaltekisches Problem, sondern ein regionales, ein internationales. Müssten deshalb nicht Strategien überlegt werden, die weiter gehen als nur Forderungen an die guatemaltekische Regierung?

U.R.: Einer der Vorteile der *Plataforma* ist, dass wir auf drei Ebenen Allianzen bilden. Auf lokaler Ebene, auf regionaler und auf nationaler Ebene. Die internationale Ebene haben wir bisher noch zu wenig beachtet bzw. in unsere Strategien einbezogen. Und das ist wohl die Herausforderung der Zukunft. Ich kann mir nicht recht vorstellen, was das Freihandelsabkommen für die USA für Konsequenzen hat, das einzige, was ich mit Sicherheit weiss ist, dass die Migration in die USA zunehmen wird. Und was ich befürchte ist, dass die USA nicht gross daran interessiert sind, in den zentralamerikanischen Sozialsektor zu investieren. Sie denken immer noch genauso wie vor 20 Jahren und glauben, dass ihre Investitionen in unsere Länder automatisch Arbeitsplätze und Reichtum schaffen werden. Als aktuelles Beispiel können die Argumente erwähnt werden, mit denen sie die Minentätigkeiten vorantreiben. Die Weltbank gibt dem kanadischen Unternehmen 45 Mio. US-\$-Kredit und glaubt, damit die Armut der betroffenen Bevölkerung zu lindern.

Frage: Und was werdet ihr als *Plataforma* dagegen tun?

U.R.: Vorläufig haben wir noch keine Strategie, wie wir dem begegnen sollen. Das Migrationsthema könnte ein möglicher Anfang sein, denn das betrifft auch die USA stark. Wir haben versucht, mit der Weltbank in Kontakt zu treten, aber ehrlich gesagt, die sind ziemlich verschlossen.

Frage: Während der Kaffeekrise hiess es, die einzigen die einigermaßen überleben könnten, seien diejenigen, die ihre Produktion über den fairen Handel auf den Markt bringen. Unterdessen gibt es ja für die verschiedensten Produkte Labels und Verhaltenskodizes. Einige betreiben das eher aus ideologischen Gründen, andere aus verkaufstechnischen oder wirtschaftlichen. Siehst du in solchen Massnahmen Möglichkeiten, den globalisierten Weltmarkt zu umgehen?

U.R.: Deutschland hat gegenüber Guatemala bereits einen Verhaltenskodex aufgestellt, was den Kaffee betrifft. Das Problem, das wir jetzt haben ist, dass es keine Fincabesitzer mehr gibt, die man auf Verhaltenskodizes verpflichten kann. Die

Fincas haben bereits alle Angestellten entlassen und stellen ihre temporären Arbeitskräfte nicht mehr direkt ein, sondern Drittpersonen, die nicht direkt belangt werden können. Dazu kommt, dass auf vielen Fincas gar nicht mehr gearbeitet wird. Vielleicht jetzt, wo der Kaffeepreis wieder etwas ansteigt, wird auch wieder mehr in die Fincas investiert, aber viele haben aufgehört zu produzieren und wollen ihre Fincas verkaufen. Diese Verhaltenskodizes würden in Guatemala nur etwas bringen, wenn auch die Fincas funktionieren und viele ArbeiterInnen direkt beschäftigen würden.

Offenbar sind sie jetzt daran, solche Verhaltenskodizes mit grossen Firmen wie Nestlé etc. auszuarbeiten. In Guatemala ist da auch ANACAFE, die Vereinigung der Kaffeeproduzenten involviert. Derweil haben wir seit Jahren reale Arbeitskonflikte mit Mitgliedern von ANACAFE, die ihre Angestellten entlassen haben und sich weigern, den ausstehenden Lohn oder Abgangsentschädigungen auszuzahlen.

Frage: Seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen sind Rundtische und paritätischen Kommissionen in Mode gekommen. Die *Plataforma* nimmt da auch teil. Wenn du heute eine Evaluation dieser Rundtische machst, wie sieht diese aus?

U.R.: Die Teilnahme an diesen Rundtischen war für die soziale Bewegung sehr aufwändig und energiefressend. Was wir erreicht haben? Ein Gesetz über den Landfonds, der unserer Ansicht nach ein Misserfolg ist, Landkommissionen, die nicht

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe**

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

**Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg**

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

**Nachdruck mit Quellenangabe
erwünscht.**

richtig funktionierten und ein Katastergesetz: Vier Jahre wurde verhandelt, um ein einigermaßen zufriedenstellendes Gesetz auszuarbeiten. Doch auch mit diesem Gesetz werden die Grundprobleme nicht gelöst werden können. Das ist alles. Wenn du diese Resultate siehst – es ist erschreckend wenig, was wir erreicht haben.

Frage: Mit dem Effekt, dass heute die BäuerInnenbewegung gespalten ist, weil man keine gemeinsame Strategie gegenüber der Regierung entwickeln konnte...

U.R.: Das kommt noch hinzu. Die BäuerInnenbewegung wurde durch diesen Prozess gespalten und geschwächt. Die Regierung hingegen hat gelernt, wie sie mit uns verhandeln, wie sie uns gegeneinander ausspielen kann. Sie haben gelernt, dass unser Druck nicht mehr als Schaum ist, der sich wieder auflöst.

Du siehst also, meine Evaluation von diesem Dialog- und Verhandlungsprozess ist nicht sehr positiv. Wir hätten mehr Zeit investieren müssen in die lokale, soziale und politische Organisation unserer Leute und in die Erarbeitung einer Strategie gegenüber der Regierung. Wenn ich von der Organisation der Leute spreche, meine ich nicht unbedingt Parteipolitik, sondern den Aufbau einer minimalen Macht, die von den Leuten selber ausgeht.

Frage: Wie geht es nun weiter?

U.R.: Uns gehen langsam die Strategien aus. Ehrlich! Die aktuelle Regierung setzt sich zwar mit uns an den Tisch und hört uns zu, doch sie unternimmt nichts. Proteste und Druck von der Straße bringen auch nicht viel, die ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) z. B. haben 40'000 BäuerInnen auf die Straße gebracht und haben, wie es scheint, nicht erreicht, was sie ursprünglich wollten. Das andere Problem ist, dass diese Verhandlungstische nun einmal existieren und wenn wir nicht daran teilnehmen, wird über unsere Köpfe hinweg entschieden. Ich denke, wir werden in Zukunft ein Minimum an Zeit in diese Verhandlungen investieren und uns mehr auf die Organisation der Leute konzentrieren. Es würde uns sicher viel helfen, wenn wir eine gemeinsame Strategie mit der historischen BäuerInnenbewegung, mit CNOC, aufbauen könnten, mit den sozialen Bewegungen überhaupt.

Frage: Und wo liegt da das Problem?

U.R.: Es sind strategische Probleme. Es gibt Organisationen, denen sind Gesetze das Wichtigste. Das ist zwar gut, aber damit verbringen wir Jahre, ohne dass die Probleme der Leute gelöst würden. Ein

weiterer Streitpunkt ist der Landfonds. Wir können nicht einerseits die Abschaffung des Landfonds fordern und auf der anderen Seite mit der Regierung Abmachungen aushandeln, die dann über den Landfonds ausgeführt werden sollen. Somit stärken wir, was wir eigentlich kritisieren.

Frage: Ich sehe übrigens noch einen weiteren Unterschied zwischen den traditionellen BäuerInnenorganisationen und der *Plataforma*: Die Repräsentanten der ersten sind in ihrer Mehrheit Männer, bei der *Plataforma* stehen viele Frauen – vor allem intellektuelle Ladinafrauen aus der Hauptstadt – an der Spitze. Weshalb ist das so und wie reagiert eure Basis darauf?

U.R.: Es gibt eine sehr genuine Organisation innerhalb der *Plataforma*, ASUDI in Sololá, gebildet in seiner Mehrheit aus Ex-KämpferInnen der URNG. Sie haben eine unglaubliche Mobilisierungskraft unter der lokalen indigenen Bevölkerung. In dieser Organisation haben die Frauen eine Protagonistinnenrolle.

Was uns Frauen an der Spitze der Organisation betrifft, ist das vielleicht mit ein Grund, weshalb wir mit der historischen BäuerInnenbewegung Probleme bekommen. Wir stammen aus einer anderen Generation, haben den Krieg nicht aktiv miterlebt. Unsere Geschichte und unsere Interessen sind andere: Der Feminismus, der Umweltschutz, etc. Das sind die Themen der neuen Generation und daraus erwachsen inhaltliche Probleme mit der anderen Bewegung.

Frage: Was für Alternativen schlägt ihr denn konkret den BäuerInnen vor und wie reagieren die Männer darauf?

U.R.: Die Bäuerinnen wollen alternative Produktionsmöglichkeiten. Die Frage des Besitzes, des gemeinsamen Besitz-

tums stand bei den Frauen unserer Organisationen bisher nicht im Vordergrund, sondern ihre Forderungen betreffen ihre ökonomische Situation. Bildung ist ein grosses Thema unter den Frauen, sowohl für sich selber wie auch für ihre Töchter. ASUDI z.B. hat ein Frauennetzwerk gegründet, dessen Ziel die Sensibilisierung der Frauen ist.

Es gibt einige Mitgliederorganisationen der *Plataforma*, in denen die Männer (und z.T. auch die Frauen) etwas resistent wirken gegenüber den Frauen- oder Genderthemen. Zum Teil sind das Organisationen mit religiösem Hintergrund, für die „Gender“ gleichbedeutend mit dem Zerfall der Familie ist. Wobei ich glaube, es ist nicht so sehr die Religion, sondern der Machismus, der sie so denken und handeln lässt.

Frage: Was siehst du für kurz- und langfristige Perspektiven?

U.R.: Das Wichtigste ist für uns im Moment die Stärkung der einzelnen Organisationen, damit sie selber aktiv an den Diskussionen über ländliche Entwicklung teilnehmen können. Sie sollen selber evaluieren und entscheiden können, welche Einkommensalternativen für sie in Frage kommen und sie sollen in der Lage sein, ihre Interessen auch gegen aussen zu vertreten. Dann geht es auch um politische Bildung und Stärkung, damit sie Teil der lokalen Entscheidungsstrukturen werden.

Frage: Und der Druck von der Straße, um diesen Forderungen Gewicht zu verleihen?

U.R.: Damit werden wir natürlich fortfahren. Doch ich glaube nicht, dass wir damit viel erreichen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Rumsfeld zu Besuch

Guatemala, 23. März. Zwei Stunden umfasste die offizielle Agenda des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld während seines Besuches auf dem Rückflug von Brasilien und Argentinien. Nach tagelanger Geheimhaltung löfneten Weisses Haus und US-Botschaft kurz vor Ankunft doch den Schleier über die leicht zu errahenden Themen, um die es bei der Audienz gehen sollte: im Allgemeinen die Regionale Sicherheitspolitik, im Konkreten Terrorismus und Drogenhandel, die laut US-These in engem Zusammenhang stehen. Nahe Quellen der Exekutive Guatemalas bestätigten, dass der Besuch von Rumsfeld darauf zurückzuführen sei, dass sich die USA um die Schwäche des zentralamerikanischen Landes in Sachen Sicherheit und Drogen „Sorgen machten“.

„Rumsfeld wird die Installation einer US-Seebasis im Pazifik und einer Luftbasis im Petén ersuchen. Er kommt, um zu sehen, ob Guatemala tatsächlich ein zweites Kolumbien in Bezug auf das Thema des Drogenhandels ist“, so die Quelle im Vorfeld.

Ein weiteres Thema ist die Aufhebung des Militärembargos gewesen, das die USA seit mehr als 25 über Guatemala verhängt hatte (siehe ¡Fijáte! 329).

Die geplanten zwei Stunden des Treffens sind vorher gut organisiert worden: 30 Minuten Gespräch mit Präsident Berger, Aussenminister Jorge Briz, Privatsekretär Alfredo Vila und Verteidigungsminister Carlos Aldana Villanueva, 30 Min. Pressekonzferenz, 30 Min. Arbeitstreffen mit dem Verteidigungsminister – und Ausreise.

Knapp zwei Wochen Demos, Semana Santa - und dann?

Guatemala, 24. März. Mit der Demonstration zum Weltfrauentag am 8. März startete eine Reihe von Manifestationen, die sich in der ersten Woche mehrheitlich auf die Hauptstadt konzentrierten und sich mit dem Aufruf zum Grossen Nationalen Streik am Montag, 14. März, auf ganz Guatemala ausbreitete. Anlass war die letztendlich vom Kongress eilig vorangetriebene Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den USA ("TLC RD-CAUSA" (siehe ¡Fijáte! 330).

Dabei stellen sich eine Menge Fragen, deren Antworten wir schuldig bleiben. Mindestens zwei davon beziehen sich auf den Aspekt der Zeit: Welches Interesse hat die Regierung, das staatsförmliche Procedere einer Ratifizierung, die drei Lesungen des Gesetzesvorschlages im Kongress umfasst, zu umgehen und Holter-die-Polter ein Paket von Vorlagen durchzuwinken, das Auswirkungen auf das ganze Land in einem Mindestzeitraum von 25 Jahren - und durch die damit grundsätzlich eingeführten Veränderungen für viele Generationen mehr - haben wird? Die Vereinbarungen des TLC werden zudem die nationalen Gesetze dominieren und das Land auf den unterschiedlichsten Ebenen der Willkür und dem Goodwill der transnationalen Unternehmen aussetzen, die durch die stufenweise Zollaufhebung auf diverse Produkte und Leistungen freien Zugang auf die Märkte der zentralamerikanischen Länder geniessen werden. Ein ganz heisser Punkt dabei ist die Option der Konzessionen für (ausländische) Investitionen - somit steht die Privatisierung diverser noch staatlicher Aufgaben in Bälde vor der Tür, gegenüber denen nationale Unternehmen wohl keine Wettbewerbschancen haben. Auf den zahlreichen Demonstrationen der letzten zwei Wochen wurde denn auch von der erneuten Kolonialisierung Guatemalas gesprochen. Es gibt wohl noch Möglichkeiten, dieser Zukunft entgegenzutreten, indem von Guatemala Zusatzregelungen beispielsweise in Bezug auf die Arbeits-, Migrations-, Umwelt- und eben die Konzessionsbedingungen modifiziert werden.

Gemäss Ex-Präsident Vinicio Cerezo habe es von Seiten der Regierung im Verlauf der Verhandlungen keine Wirkungsanalysen dessen gegeben, was unter anderem die tatsächlichen Entwicklungen von Arbeitsplätzen, Löhnen und Wettbewerbsfähigkeit unter TLC-Bedingungen angeht. Cerezo widerspricht der Behauptung vieler TLC-Eiliger, dass, nachdem El Salvador und Honduras das Freihandelsprojekt bereits ratifiziert ha-

ben, Guatemala den Anschluss verlieren und für immer aussen vorbleiben würde, wenn der TLC nicht baldigst ratifiziert worden wäre.

In Kraft treten wird das Abkommen in dem Moment, in dem es von zwei Ländern ratifiziert wird - wobei eines dieser Länder die USA sein muss. Und hier stellt sich die nächste Zeitfrage: Was steckt hinter der guatemaltekisch-ungewöhnlichen Hektik, ist doch noch gar nicht klar, ob im US-Kongress überhaupt die nötigen Stimmen zusammenkommen. Denn auch im Land des Nordens ist nicht nur auf zivilgesellschaftlicher Ebene die Ablehnung des TLC verbreitet.

Doch auch die Zivilgesellschaft Guatemalas muss sich eine Zeitfrage gefallen lassen: Seit mindestens zwei Jahren ist der TLC im Gespräch, die diversen Organisationen verfügen bereits über viele - oft wohl gleich archivierte - Dokumente, und es wird drei Tage vor der anvisierten Ratifizierung zur Demonstration aufgerufen? Alle schieben die Verantwortung auf andere ab und können doch nicht überzeugen. Die einen antworten, dass die Organisationsdirektion andere Prioritäten gesetzt habe, andere, dass für eine nötige Analyse keine Gelder dagewesen seien, da die internationalen UnterstützerInnen zwar den Widerstand, aber keine Studien des Für und Wider finanzieren wollten.

Neben den "Strassenaktivitäten", die die Tage vor den Osterferien ausfüllten und mit jeder Zusammenkunft, die alle von der *Indigenen- BäuerInnen-, GewerkschafterInnen- und Volksbewegung* MICSP organisiert wurden, an Masse kleiner wurden, stellte es sich als sinnvoll heraus, die Demophase auch mit legalen Mitteln zu sekundieren. So wurde nicht nur von fünf RepräsentantInnen nebenstehende Klage an die Staatsanwaltschaft eingereicht. In Arbeit ist derweil auch ein Einspruch gegen das TLC-Gesetz aufgrund von Verfassungswidrigkeit. Der Aufhänger für diesen ist die Verletzung des Artikels 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO), der den Staat zur Volksbefragung verpflichtet, wenn die Folgen einer Exekutiv-Entscheidung Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung hat, was beim TLC unleugbar der Fall ist. Bislang hat sich die Regierung diesbezüglich damit herausgeredet, dass es keine Gelder für eine Konsultation gebe.

Die Gewaltausschreitungen während der Demonstrationen an einigen strategischen Punkten des Landes werfen weitere Fragen auf. Dass die Staatsmacht in Sachen Ordnungswahrung zur Bedrohung der Bevölkerung wurde, in dem Militär und Polizei exzessiv und

ohne Anlass gegen die Demonstrierenden vorgingen, verdient die erhaltene internationale Verurteilung und Solidaritätsbekundung. Auch dass wieder einmal JournalistInnen sowohl körperlich angegriffen wurden als auch, wie im Fall der zwei Radio-ReporterInnen Marielos Monzón und Gabriel Mazzarovich, Morddrohungen bekommen, ist deutliches Zeichen der auflebenden Staatsrepression. Aber wieso war es erst bei der nächsten Demo nach den Ausschreitungen am 14. März in der Hauptstadt möglich, die von Militär und Polizei in die Demomasse infiltrierten Randalisierenden auszumachen und dem Menschenrechtsprokurat (PDH) zu übergeben?

Und eine weitere Frage ist nicht zu unterschlagen: Wie soll es nun weitergehen? Mit Respekt auf die Kar-Woche und den diesbezüglichen Ausnahmezustand im Land wolle man - so angekündigt - sich sammeln, um dann nach Ostern mit neuen Kräften aktiv zu werden. Für Ostermontag sind die nächsten Aktionen angesagt, doch wird es nach den Feiertagen enorme Kraft und vor allem eine bessere Organisation zwischen den im MICSP vereinten Gruppierungen und innerhalb dieser brauchen, um die Strassen auch nur ansatzweise zu füllen, die Motivation liess doch schon vor den Ferien beachtlich nach.

Immerhin von Seiten der MICSP-Führung wird das bislang Erreichte als Erfolg bewertet. Ein Aspekt ist dabei die Tatsache, mit dem TLC die soziale Bewegung wiederbelebt zu haben und diverse AkteurInnen in eine gemeinsame Bewegung gebracht zu haben. Es ging sogar das Gerücht um, Guatemala gelte mit seiner öffentlichen TLC-Ablehnung in den anderen zentralamerikanischen Ländern als Vorbild des zivilen Widerstandes, habe sich doch die Bevölkerung weder in El Salvador noch in Honduras grossartig gerührt, als der TLC dort ratifiziert wurde.

Aber dass sich Vizepräsident Eduardo Stein mit den *dirigentes* der MICSP für vier Stunden zum Dialog gesetzt hat, galt bereits als Zeichen dafür, tatsächlich mit den Aktionen die Regierung in Bewegung setzen zu können. Menschenrechtsprokurator Morales, Kardinal Quezada Toruño und der Rektor der Universität San Carlos, Luis Leal, waren als Vermittler einberufen, doch die Initiative brach ab, da die Regierung nicht auf die Forderungen eingehen wollte, die neben der Absetzung von Innenminister Vielmann und Polizeichef Sperisen den Rückzug von Polizei und Militär, die Nicht-Veröffentlichung des TLC-Dekrets im Amtsblatt sowie den Widerruf des Konzessionsgesetzes beinhaltete.

Strafanzeige gegen die Gewalten, eingereicht vom Volk

Guatemala, 18. März. "Herr Staatsanwalt und Chef der Staatsanwaltschaft, Juan Luis Florido. (...) Mit allem Respekt erscheinen wir vor Ihnen, um gegen das Innenministerium und den Direktor der Nationalen Zivilpolizei Strafanzeige zu erstatten, die auf Folgendes Bezug nimmt:

Tatbestand:

I. Die durch die Politische Verfassung der Republik geschützten Rechte ausübend, speziell diejenigen auf Demonstrations-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, das Stellen von Anträgen sowie die Bewegungsfreiheit, haben diverse guatemaltekeische Organisationen die Bevölkerung aufgerufen, öffentlich ihre Ablehnung gegen die Ratifizierung, Autorisierung und das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit den USA zu demonstrieren.

II. Die Proteste fanden vom 8. bis 11. sowie 14. bis 16. März an verschiedenen Punkten des Landes mit diversen friedlichen Aktionen statt.

III. (...)

IV. Der Staat antwortete in Form von exzessivem Gebrauch von Gewalt und verletzte somit jeglichen demokratischen und verfassungsrechtlichen Grundsatz, im Besonderen hinsichtlich der Bewegungsfreiheit, indem der Zugang zum Kongressgebäude durch das Aufstellen von Barrikaden und Polizeitrupps an den entsprechenden Eingangsstrassen verwehrt wurde.

V. Ebenso hinsichtlich der Aktivitäten, die für den 14. März 2005 geplant waren (was mittels des Aufrufs am 11. März auf Seite 50 der Tageszeitung *Prensa Libre* öffentlich bekannt gegeben wurde), erstatten wir Anklage, dass durch die staatlichen Sicherheitskräfte die in der Verfassung verankerten Rechte auf Versammlung, Demonstration, Organisation und Meinungsfreiheit verletzt wurden, indem die Sicherheitskräfte mit direkten Aktionen gegen eine Gruppe von BürgerInnen und Anführer zahlreicher Organisationen der Zivilgesellschaft initiativ mit dem Werfen von Tränengasbomben vorging, die die genannten Rechte auf friedliche Weise auf dem Platz der Konstitution ausübten

Einige der *dirigentes*, die sich an diesem Ort aufhielten, flüchteten in Sorge um ihre physische Unversehrtheit in das *Studentenhaus* in der Zone 1 der Hauptstadt. An diesem Ort erschienen Polizisten, welche versuchten, das Gebäude zu stürmen, womit sie gleichzeitig versuchten, das Verfassungsrecht auf Privateigentum, Bewegungsfreiheit

sowie die Rechte auf physische, moralische und psychische Integrität derer zu verletzen, die sich im besagten Haus sowie derjenigen, die sich an anderen Orten der Stadt aufhielten. In gleicher Weise wurde das *Haus des Lehrers* und ferner die Büros der BäuerInnenorganisation CNOOC belagert, wodurch unter anderem das Recht auf Gewerkschaftsorganisation und Versammlungsfreiheit bedroht und eingeschränkt wurde.

VI. (...)

VII. Im Kontext mit den geplanten Aktivitäten durch Sektoren der Zivilgesellschaft befand sich eine Gruppe von BürgerInnen demonstrierend in Puente Naranjales, Munizip Colotenango, Departement Huehuetenango, die um 13:00 Uhr von Soldaten und Polizisten gewalttätig auseinander getrieben wurden, wobei es zum Tod durch Schusswaffenprojekte von zwei Personen (Juan López Velásquez y Juan Sánchez Gómez) und 9 Verletzten kam, wodurch das Recht auf Leben und physische Unversehrtheit dieser Personen verletzt wurden. (Im Endeffekt stellte sich heraus, dass der Zweitgenannte seinen Verletzungen nicht erlegen ist, es handelt sich also um einen Toten und 10 Verletzte; *die Red.*)

VIII. Dadurch, dass die von den diversen Sektoren der Zivilgesellschaft realisierten Aktionen sich innerhalb der bereits erläuterten Verfassungsrechte befinden und ferner die Tatsache, dass es die Staatsgewalt ist, die diese Garantien verletzt, im Besonderen die Behinderung der Bewegungsfreiheit der Demonstrationen, denen das Erreichen der Punkte verwehrt wurde, an denen sie ihre Petitionen einreichen wollten, wird zudem das Dekret 41-95 verletzt, das in seinem 2. Artikel besagt, dass "... die Polizeikräfte in keinem Fall in einer Form aufgestellt oder angeordnet werden, welche den freien Verkehr der Personen auf ihren jeweiligen Wegen behindern."

IX. Aufgrund des im Voranstehenden Erläuterten, erscheinen wir vor Ihnen, damit die entsprechenden Verantwortlichen haftbar gemacht werden, die als materielle und intellektuelle Täter jener Verbrechen gehandelt haben, die gegen die erwähnten guatemaltekeischen BürgerInnen begangen wurden, welche einzig und allein ihre legalen und konstitutionell anerkannten Rechte ausübten.

Rechtsgrundlage: Der Artikel 45 der Politischen Verfassung der Republik in seinem entsprechenden Absatz besagt: „Aktion gegen Zuwiderhandelnde und Legitimität von Widerstand. Der

Vorgang zur Verurteilung von Zuwiderhandelnden der Menschenrechte ist öffentlich und kann durch eine einfache Klage ohne jegliche Bürgschaft oder Formalität ausgeübt werden. Der Widerstand des Volkes zum Schutz und zur Verteidigung der in der Verfassung verankerten Rechte und Garantien ist rechtmäßig.

Der Strafprozesskodex besagt: „Artikel 297 (Anzeigenerstattung). Jede Person ist verpflichtet, der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder einem Gericht schriftlich oder mündlich ihr Wissen über ein Verbrechen der Staatsmacht mitteilen. (...)

Beweise:

I) Zeugenaussagen der folgenden Personen (...)

II) Kennzeichen der Motorräder der Zivilpolizei, die dazu benutzt wurden, die individuelle Freiheit der genannten Personen zu bedrohen und einzuschränken (...)

III) Einfache Kopie des Manifests und des Aufrufs der Universität San Carlos, Seite 50 der Tageszeitung *Prensa Libre* vom 11. März 2005.

IV) Einfache Kopie des Manifests des Zusammenschlusses der Indígenas, BäuerInnen, GewerkschafterInnen (MIC-SP), das zum Grossen Nationalen Streik aufruft, publiziert auf S. 50 der Tageszeitung *Prensa Libre* vom 11. März 2005.

V) Einfache Kopie des Amtsschreibens Nr. 51-2005 NHV.ercs der Departementsregierung von Guatemala, in dem die Demonstration der Frauen am 8. März 2005 autorisiert wird.

VI) (...)

Ansuchen:

a) Die vorliegende Anzeige gilt als entgegengenommen und dient zur Öffnung der entsprechenden Akte;

b) (...)

c) Die bereits nummerierten Beweise gelten als präsentiert;

d) Die Ermittlungen werden eingeleitet und die entsprechenden Straftatsverantwortlichkeiten werden daraus für jene gefolgert, die sich als Involvierte in die Taten herausstellen.

Gesetzeszitate: Artikel 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 21, 23, 26, 28, 29, 33, 34, 35, 39, 41, y 45 der Politischen Verfassung von Guatemala; 418, 423, 424, 425, 436, des guatemaltekeischen Strafkodizes; 297 der guatemaltekeischen Strafprozessordnung; 1, 2, 3, 4, 5, 6 des Dekrets 41-95 des guatemaltekeischen Kongresses.

Vorgelegt: Original und drei Kopien.

(...)"

Morde an Richtern, Drohungen gegen PolitikerInnen

Guatemala 23. März. Die *Vereinigung der RichterInnen und Justizbeamten* gab bekannt, dass im Verlauf dieses Jahres bereits zwölf RichterInnen Todesdrohungen erhalten haben. Diese Meldung wurde bekannt gegeben, nachdem am 21. März der Friedensrichter von San Pedro Ayampuc, José Antonio Cruz Hernández, erschossen wurde. Obwohl seine Familienangehörigen nichts davon wissen, dass er bedroht gewesen wäre, schliesst Jackeline España, Präsidentin des obengenannten Berufsverbandes nicht aus, dass das Verbrechen etwas mit den Fällen zu tun hatte, die Cruz Hernández bearbeitete.

Anfang März wurde ein Staatsanwalt der Sonderabteilung zur Aufklärung von Korruptionsverbrechen ermordet. Die offizielle Version lautet, dass der Anwalt Carlos Marroquín von Mitgliedern einer Jugendbande erschossen wurde, die ihm sein Handy rauben wollten. Für die Menschenrechtsverteidiger

Miguel Angel Albizures und Nery Rodenas ist aber auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass der Mord etwas mit den Fällen zu tun hat, in denen Marroquín ermittelte. Unter anderem war ihm der Geldwaschkandal zwischen dem nationalen Rechnungsprüfungshof und den Parteien UNE und PAN zugewiesen, die Untersuchungen im Fall der *Panamá-Connection*, sowie die Geldhinterziehungen im Sozialversicherungsinstitut (IGSS) und der Nationalen Kreditanstalt. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen fordern eine Untersuchung dieser beiden Morde sowie der Drohungen gegen andere Justizbeamte.

Einen Plan zur Ermordung der linken Parlamentsabgeordneten Nineth Montenegro (ANN) und dem rechten Otto Pérez Molina (Patriotische Partei), dem Direktor der Tageszeitung *Prensa Libre*, Gonzalo Marroquín, und dem Bischof von San Marcos, Alvaro Ramazzi-

ni wurde dieser Tage vom Innenministerium aufgedeckt. Gemäss Informationen von Innenminister Carlos Vielmann sind die Urheber dieses Komplotts in der Narco-Szene zu suchen. Im Fall von Pérez Molina existiert ein Dokument von 12 Seiten, in dem detailgetreu sein ganzer Tagesablauf festgehalten ist, offenbar das Ergebnis einer minutiösen Überwachung. Die *Präsidentiale Menschenrechtskommission* COPREDEH vermutet, dass hinter den Drohungen gegen den Abgeordneten der mexikanische Drogenbaron „El Chapo“ steckt, der seine Tätigkeiten nach Guatemala ausweiten will. Es war Pérez Molina, der noch zur Regierungszeit von Ramiro de León Carpio dafür verantwortlich war, dass „El Chapo“ verhaftet und den mexikanischen Behörden übergeben wurde.

Auch über die Gewohnheiten und Tagesabläufe von Nineth Montenegro und ihrer Familie schienen die Bedroher bestens informiert zu sein.

Eine neue Version der Zivilpatrouillen?

Guatemala, 12. März. Eines der grössten Probleme, mit denen die Guatemalteken tagtäglich konfrontiert sind, ist die zunehmende Gewalt und Unsicherheit. Überfälle, Autodiebstahl, Mord, Entführung, Raub – in einer Kolumne war kürzlich zu lesen, man müsse nicht eine Tages- sondern eine Stundenstatistik führen, um die ganzen Gewalttaten aufzulisten.

Diese Situation sowie die Unfähigkeit der Sicherheitskräfte, sie in den Griff zu bekommen, hat dazu geführt, dass sich die BewohnerInnen einzelner Stadtteile oder Gemeinden zusammenschlossen und bewaffnet haben, um selber Patrouille zu gehen. Wer irgendwie

verdächtig erscheint, wird von diesen selbsternannten Polizisten „verhaftet“, wobei befürchtet werden muss, dass es früher oder später zu Fällen von Selbstjustiz kommt.

Ein solches „Sicherheitskomitee“ gibt es z. B. in Todos Santos Cuchumatán, Huehuetenango. Ursprünglich auf Initiative des GANA-Bürgermeisters Julián Pablo Ramírez ins Leben gerufen, hat es sich unterdessen als autonome Entität erklärt und nimmt sich das Recht heraus, diejenigen zu sanktionieren, die nicht mit seinem Vorgehen und seiner Politik einverstanden sind. Jedes männliche Familienoberhaupt ist gezwungen, mindestens zweimal monatlich von neun

Uhr abends bis sechs Uhr in der Früh auf „Patrouille“ zu gehen. Wer sich weigert, muss eine Busse von 150 – 250 Quetzales pro nicht erfülltem Dienst leisten. Die ca. 75 Frauen des Dorfes, deren Männer in den USA leben, müssen diesen Betrag aus den Geldsendungen, die sie erhalten, berappen.

Unterdessen ist die Sache dem Bürgermeister über den Kopf gewachsen und er bat um die Intervention des Menschenrechtsprokurats (PDH). Diese kam zum Schluss, dass zwar die Delinquenz in der Gemeinde zurückgegangen sei, findet aber die Massnahme übertrieben und eine Falschinterpretation der „Erfüllung der Bürgerpflichten“.

Erster Rassismusprozess

Guatemala, 12. März. Zwei Jahre nachdem dieser Tatbestand überhaupt in die guatemaltekeische Gesetzgebung aufgenommen wurde, begann am 8. März der erste Prozess wegen rassistischer Diskriminierung in der Geschichte des Landes. Obwohl bisher bereits mehr als zwölf Anklagen eingereicht wurden, fand erst diese Gehör bei der Justiz: Klägerin ist nämlich niemand anderes als die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, auf der Anklagebank sitzen u.a. der Enkel von Ex-General Ríos Montt, eine Abgeordnete des Zentralamerikanischen Parlaments sowie weitere Mitglieder der Partei der Republikanischen Front Guatemalas (FRG). Die Anklage lautet auf Nötigung, Drohung, Diskriminierung

und Störung der öffentlichen Ordnung. Die Beleidigungen gegen Menchú fanden statt, als diese einen Rekurs gegen die Präsidentschaftskandidatur von Ríos Montt im Jahr 2003 einreichte.

Schon bevor der Prozess begann, beschuldigten die Verteidiger der Angeklagten die RichterInnen der Parteilichkeit, eine Anschuldigung, die jedoch von Gerichtspräsident Leonel Meza nicht akzeptiert wurde.

Da mit dieser Taktik der Prozess nicht verhindert sondern nur verzögert werden konnte, verweigerten in der Folge die Angeklagten die Aussage.

Am dritten Prozesstag wurden drei LinguistInnen vorgeladen, die eine Expertise der Wortwahl der Angeklagten

abgaben. „India“ und „geh auf dem Markt Tomaten verkaufen“, die Worte mit denen Menchú geschimpft wurde, wird von den ExpertInnen in dem Kontext wie sie gebraucht wurden, klar als diskriminierend bewertet.

Menchú und andere Menschenrechts- und IndígenavertreterInnen hoffen, dass dieser Prozess eine historische Bedeutung erlangt und dass in Guatemala endlich ein Bewusstsein erwacht in Sachen Diskriminierung und Rassismus. Der Ausgang des Prozesses ist offen, doch wie Rigoberta Menchú selber sagte, ist das Urteil vielleicht gar nicht das Wichtigste, sondern es ist die Tatsache, dass ein solcher Prozess überhaupt stattfindet.